Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 24

Artikel: Die Parlamentäre von Budapest

Autor: Gosztony, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076875

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

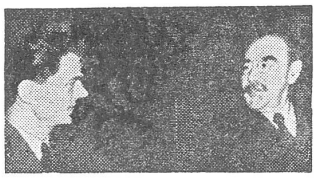
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Parlamentäre von Budapest

von Peter Gosztony



Maléter mit Nagy

«Parlamentär ist der bevollmächtigte Unterhändler zwischen kriegsführenden Streitkräften, der nach Verabredung oder unter Zeigen einer weissen Flagge Verbindung mit dem Gegner aufnimmt... Der Parlamentär und seine Begeiter sind unverletzlich.» (Art. 32, Haager Landkriegsordnung.)

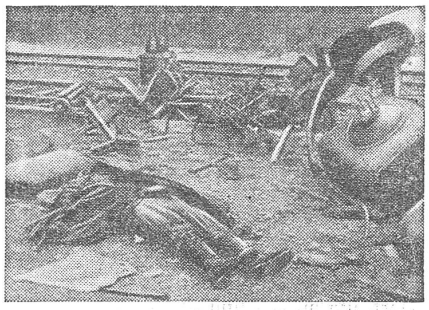
Es geschah in den letzten Kriegsjahren, im Raum Budapest. Die Rote Armee, welche im Sommer und Herbst 1944 die deutsche Wehrmacht aus der Sowjetunion verdrängt hatte, verfolgte jetzt ihren Gegner an allen Fronten in Richtung Westen. Sie überflutete dabei Polen, unten im Süden Rumänien, Bulgarien, vertrieb die Deutschen mit Unterstützung der Tito-Divisionen aus dem grössten Teil Jugoslawiens und setzte ihren Vormarsch nach Ungarn fort. Die Truppen der Marschälle Tolbuchin und Malinowskij kämpften in den ersten Novembertagen bereits um die ungarische Hauptstadt Budapest, und wenn sie diese bis Jahresende auch nicht erobern konnten, schlossen sie doch die Verteidiger in einem eisernen Ring von Panzern, Artillerie und Soldaten ein. Budapest wurde aber (nach den bekannten Hitlerschen Prinzipien) zum «Festen Platz», zu einer Festung erklärt, wobei es dem Kommandanten der neuen Frontstadt, SS-Obergruppenführer Karl Pfeffer von Wildenbruch, zur Pflicht gemacht wurde: Budapest — trotz der ungenügenden Kräfte und ohne Rücksicht auf Bürger und Denkmäler der Stadt — bis «zur letzten Patrone» zu verteidigen. Adolf Hitler wusste um den strategischen Wert der ungarischen Hauptstadt, wie er sich auch darüber im klaren war, dass Wien, die erste «deutsche» Gross-Stadt im Bereich der vorrükkenden russischen Truppen, am besten bei Budapest zu verteidigen war.

Diese Erwägungen waren jedoch auch den Oberbefehlshabern der 2. und 3. Ukrainischen Front in Ungarn bekannt. So entschlossen sie sich, um die Eroberung Budapest zu beschleunigen und damit die festgebundenen Truppen für weitere Operationen in Transdanubien frei zu bekommen, Parlamentäre in die Festung zu entsenden. Die hatten die Aufgabe, dem SS-General Pfeffer von Wildenbruch eine ehrenhafte Kapitulation vorzuschlagen.

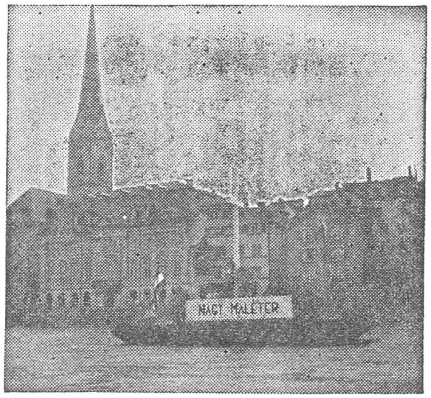
Der Auftritt der Parlamentäre wurde den Deutschen durch Lautsprecher, Feuereinstellungen, Flugblätter usw., frühzeitig bekanntgegeben, wobei auch die genaue Zeit und der Ort bezeichnet wurden.

Am 29. Dezember 1944 war es dann so weit... :

Während sich von der Pester-Seite Hauptmann Steinmetz mit seinen Begleitern in einem offenen Jeep, im Schutze der weissen Fahne, der deutschen Hauptkampflinie näherte, erreichte bereits auf der anderen Seite der Donau, bei Budaörs, der andere Parlamentär, Hauptmann Ostjepenko, die Stellungen der 8. SS-Kavallerie-Division. Doch aus der Mission der beiden wurde nichts. Kaum hatte nämlich der Jeep Steinmetz' die sowjetische Linie hinter sich, schoss der Gegner — trotz weisser Fahne — mit allen Rohren auf die Unbewaffneten. Es dauerte nur Minuten und der Wagen der Parlamentäre, samt Insassen, wurde vernichtet. Auch die Gruppe Ostjepenkos hatte kein Glück. Obwohl sie von den Deutschen empfangen, angehört aber abgewiesen wurde, geriet sie, kaum hatte sie die gegnerischen Stellungen verlassen, aus dem Hinterhalt ins Geschützfeuer. Auch sie blieb blutig auf den Pflastern der Strasse zurück. Ein Schrei der Entrüstung brach beim sowjetischen Oberkommando aus, welches mit Recht die schmähliche Aktion der Deutschen, die Nichtbeachtung allgemein



Budapest 1944: «In beispielloser Weise haben die Faschisten sogar Parlamentäre umgebracht.» Zwölf Jahre später fand sich wieder ein Beispiel — und ein noch krasseres. Aber vermerkt werden konnte es nur im Ausland (wie in Zürich — siehe Bild unten).



bekannter und anerkannter internationaler Vereinbarungen aufs schärfste verurteilte und der ganzen Welt bekanntgab.

Budapester, die «Festung» *und* Stadt wurde schliesslich, nach erbitterten und auf beiden Seiten verlustreichen Kämpfen von den Russen erobert. Am 13. Februar 1945 wehte auf der Kuppel der ausgebrannten königlichen Burg die rote Fahne. Der Krieg ging zu Ende...

Einige Jahre später errichteten die Sowjets am Ort der Ermordung ihrer Parlamentäre an den Toren der Stadt, in den Vororten Vecsés und Budaörs, zwei riesige Denkmäler. Diese hatten die Aufgabe, jedermann zu jeder Zeit daran zu erinnern, wie Faschisten, ohne zu zögern und ohne Gewissensbisse zur Verwirklichung ihrer Ziele stets zu handeln bereit sind!

*

Die Denkmäler standen auch 12 Jahre später noch, an jenem Abend, als eine Autokolonne Budapest in Richtung der Insel Csepel verliess. Man schrieb den 3. November 1956. Die Insassen der Fahrzeuge waren im Auftrag der Regierung Nagy auf dem Weg um sowjetischen Oberkommando. Es waren dies: Verteidigungsminister Generalmajor Pal Maléter, der Leiter der Delegation, General Istvan Kovàcs, Oberst Szüs und Staatsminister Ferenc Erdei.

Die Verhandlungen über den Auszug der sowjetischen Truppen aus Ungarn, eine der wichtigsten Forderungen der Revolution, hatten bereits am Vormittag im Parlamentsgebäude begonnen. Generaloberst Malinin, Oberbefehlshaber der russischen Truppen in Ungarn, erschien höchst persönlich und zeigte sich gegenüber diesen Forderungen nicht abgeneigt. Schon nach einigen Stunden erklärte er sich bereit, den Wünschen der Ungarn nachzukommen und unterzeichnete in diesem Sinne das Protokoll. Um die Sache zu beschleunigen und den Vertrag über die sowjetische Truppenevakuierung perfekt zu machen, schlug er aber vor, die Sitzung noch in der selben Nacht im Hauptquartier des Oberkommandos auf der Insel Csepel fortzusetzen. Er lud die ungarische Delegation herzlich ein und garantierte ihnen, selbstverständlicherweise, freies Geleit. Maléter und seine Kameraden gingen auf diesen Vorschlag ein. Obwohl sie kein vollen Vertrauen in Moskau hatten, erinnerten sie sich klar an die Reaktion der Russen auf die Ermordung ihrer Parlamentäre. Es schien ihnen ausgeschlossen, dass die Russen mit dieser Einladung etwas Hinterhältiges im Schilde führten. So trafen sie schliesslich im russischen Hauptquartier ein.

Die Delegation, auf deren Wagen wie vereinbart die weisse Fahne wehte, wurde von einer Ehrenkompagnie der Roten Armee empfangen. Generaloberst Malinin zeigte sich auch sehr zuvorkommend und lud die Gäste, wie er betonte, in ein Privatzimmer ein. Die Verhandlungen nahmen ihren Anfang.

Bis Mitternacht schien alles in bester Ordnung zu sein. Dann geschah es...

Ein Mitglied der Delegation, welches sich später nach Westen rettete, schilderte die darauffolgende Szene eindrücklich:

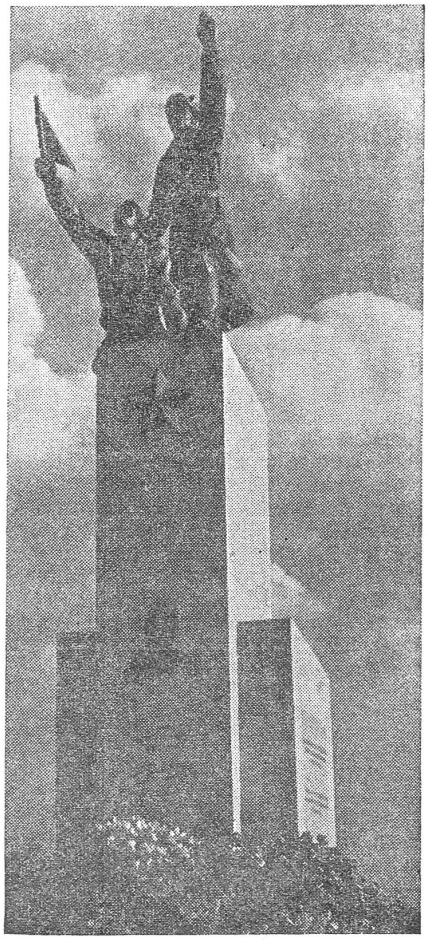
«... Plötzlich vernahmen wir aus dem Vorzimmer schnelle Schritte. Die Tür wurde aufgerissen. Herein stürmten etwa zwanzig Offiziere. Möglicherweise waren es verkleidete Geheimpolizisten. Die Russen hatten jedenfalls kalkuliert, ein Trupp von Offizieren, der zum Verhandlungsraum eile, werde am wenigsten auffallen. Je zwei Mann sprangen auf einen Ungarn zu und hoben die Maschinenpistolen in Anschlag. Jemand rief: 'Moskwa' — offensichtlich war es das vereinbarte Stichwort. Malinin und die Mitglieder seiner Delegation erhoben sich.

Die Ungarn waren bestürzt. Nur Maléter schien nicht sonderlich überrascht. Er wandte sich sarkastisch zu Malinin: 'Hàt igy vagyunk?' ('So stehen wir also?') Aber der Russe schnitt ihm mit einer Handbewegung das Wort ab. 'Kein Gespräch mehr' sagte er und verliess mit den übrigen sowjetischen Verhandlungsteilnehmern den Raum. Die Falle klappte zu.

Maléter und die übrigen ungarischen Offiziere wurden aus dem angeblichen ‚Privatzimmer' des Generals Malinin in einen anderen Raum geführt. Sie wurden nicht gefesselt und durften — das Gesicht allerdings zur Mauer — entlang der Wände auf Sesseln Platz nehmen. Hinter ihnen bezogen Wachen mit Maschinenpistolen Posten . . .»

So geriet Generalmajor Pal Maléter, Parlamentär und Leiter der von den Russen eingelandenen Delegation in die Hände der Sowjets. Umsonst war die weisse Fahne am Kühler des Wagens, umsonst die internationale Bestimmung über die Unverletzlichkeit der Parlamentäre, umsonst das Vertrauen darauf, das der Kreml das von ihm angeprangerte faschistische Beispiel gerade in Budapest nicht befolgen werde. General Maléter wurde festgenommen, nach der Sowjetunion verschleppt und schliesslich am 16. Juni (mit Imre Nagy zusammen) umgebracht.

Noch steht in Budapest kein neues Denkmal, welches vom Schicksal dieser Parlamentäre kündet. Aber doch ist die Erinnerung daran lebendig geblieben, wie Faschisten, ohne zu zögern und ohne Gewissensbisse zur Verwirklichung ihrer Ziele stets zu handeln bereit sind.



Das Budapester Denkmal für die von den Deutschen ermordeten sowjetischen Parlamentäre.

Partei

Ungarn

Jubiläum der «Arbeitereinheit»

Die theoretische Zeitschrift der ungarischen «Arbeiterpartei», «Tàrsadalmi Szemle», würdigte in ihrer Juni-Ausgabe den 15. Jahrestag der Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei mit der Kommunistischen Partei vom 14. Juni 1948.

Dieser Schritt brachte nicht nur die Vernichtung der traditionsreichen Sozialdemokratischen Partei mit sich, sondern auch das Ende der Freiheit der ungarischen Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften wurden unter kommunistische Kontrolle gestellt und verwandelten sich von Interessenvertretungen in Ausbeutungsorgane.

Im Sinne der «Salamitaktik» der KP wurden die verschiedenen bürgerlichen Politiker unter dem Vorwand der Verschwörungen in Schauprozessen abgeurteilt. Vor den letzten freien Wahlen am 31. August 1947 hatten die Kommunisten erklärt, die Zeit zur Vereinigung der Arbeiterparteien sei gekommen. Diese Ankündigung hat das Ansehen und die Chancen der Sozialdemokraten schwer geschädigt. Infolge eines neuen Wahlgesetzes wurden Zehntausende Sozialisten als «Faschisten» ihres Wahlrechtes beraubt. Das kommunistische Innenministerium ermöglichte es abermals Zehntausenden mit einem Ersatzwahlzettel zu stimmen. Lastwagenkarawanen, vollgepackt mit Kommunisten, zogen von Dorf zu Dorf, um an Ort und Stelle für die KP zu stimmen. Der sozialdemokratische Justizminister liess viele verhaften, die mit dem Ersatzwahlzettel Wahlschwindel betrieben; jedoch zur selben Stunde wurden sie vom kommunistischen Innenminister freigelassen.

Dieser Wahlschwindel empörte die Sozialdemokraten und sie beschlossen, die Wahlen anzufechten. Die Vertreter der SP teilten der Alliierten Kontrollkommission den Beschluss der Partei mit. Sie kamen aber bald mit leichenblassen Gesichtern zurück und erklärten, dass die SP die Wahlen nicht anfechten werde. Auf die Fragen der Erstaunten antworteten sie kurz: «Sibirien ist ein fernes und kaltes Land . . .»

Bald fing der Kampf für die «Arbeitereinheit» an. In der Tat wurden die leitenden SP-Politiker zuerst gegeneinander ausgespielt und die sich Widersetzenden: Kàroly Peyer, Gyula Kelemen, Antal Bàn, Imre Szélig, als «rechtsstehende Elemente» verurteilt. Als jedoch die Führung der SP weiterhin die Politik des «Dritten Weges» befolgte, sah sich Moskau zu einer Intervention veranlasst. Der Generalsekretär der SP, Arpàd Szakasits, erhielt im Februar 1948 eine Einladung Stalins nach Moskau. Diese Gelegenheit nützten die Beauftragten der Kommunisten, György Marosàn und Sàndor Ronai, aus, um die Bereitschaft der SP zur Vereinigung mit der KP zu erklären. Die SP-Organisationen wurden mit allen Mittel vernichtet und der Uebertritt wurde mit Gewaltmassnahmen erzwungen. Nach seiner Rückkehr aus Moskau fand Generalsekretär Szakasits nur noch die kümmerlichen Reste der Partei vor. Er konnte zwischen Kapitulation oder Vernichtung wählen. Es stellte sich bald heraus, dass auch die Kapitulation für viele Tod oder Kerker bedeutete. Nach der Vereinigung der Parteien am 13./14. Juni 1948 begann die Liquidierung der alten Kämpfer der sozialistischen Arbeiterbewegung. Justizminister Istvàn Ries wurde von Geheimpolizisten totgeschlagen. Szakasits und viele andere wurden eingekerkert, Kàroly Peyer, Anna Kéthly, Antal Bàn und Imre Szélig flüchteten ins Ausland.

Auch das Organ der heutigen «Arbeiterpartei» kann diese Ereignisse nicht ableugnen, sondern meint, dass «diese groben Fehler und Gesetzesverletzungen grossen Schaden für die internationale Arbeiterbewegung verursachten und die Annäherung der ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten wesentlich verlangsamten.»

In den Tagen der ungarischen Revolution konnte die SP sich sofort neu organisieren und eine wichtige Rolle in der Leitung des Landes übernehmen.

Aus dem Artikel des Parteiorgans kann man entnehmen, dass die gewaltsam erreichte Einheit der SP und KP noch immer einige Risse aufweist:

«Die Tendenzen, die einst zur Vernichtung der Einheit der Arbeiterklasse geführt haben, wirken noch immer, wenngleich unter anderen Umstände und mit eingeschränkter Kraft.» MC

Justiz

SBZ

Wie man politische Witze behandelt

In «Fällen des Verbreitens von Hetzsendungen westlicher Rundfunk- und Fernsehstationen» sollte «gründlich geprüft werden, ob der Täter mit hetzerischer Zielsetzung gehandelt hat», ermahnt der Oberrichter am «Obersten Gericht» der Sowjetzone, Fritz Mühlberger (SED), Richter und Schöffen bei der Anwendung der Tatbestände der «staatsgefährdenden Propaganda und Hetze» sowie der «Staatsverleumdung» nach den Paragraphen des «Strafrechtsergänzungsgesetzes». Wenn «zielstrebiges Vorgehen» nicht festgestellt werde und die «hetzerische Wirkung der vermittelten Sendung durch eigene Kommentare nicht verstärkt» wurde, und wenn sich aus der Persönlichkeit des Täters ergibt, dass ihm trotz aller gegebenen Aufklärung geglaubt werden dürfe, er habe «aus rückständigem Bewusstsein den Charakter dieser Sender falsch eingeschätzt und keine staatsgefährdenden Auswirkungen herbeiführen wollen», erklärt der Oberrichter am Obersten Sowjetzonen-Gericht, liege Hetze nicht vor. Er verlangt, dass in solchen Fällen «eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Betreffenden» erfolgt, die auch unabhängig vom Strafverfahren für erforderlich gehalten wird.

Die gleiche Problematik sieht Oberrichter Mühlberger in der strafrechtlichen Beurteilung der «Verbreitung einer bestimmten Art objektiv diskriminierender politischer Witze». Es sollen «nur solche Personen wegen staatsgefährdender Propaganda und Hetze zur Verantwortung gezogen werden, die auf diese Weise die gefährliche Politik der Bonner Ultras unterstützen wollen». In anderen Fällen müsse geprüft werden, ob der Tatbestand der Staatsverleumdung nach dem «Strafrechtsergänzungsgesetz» oder der Verleumdung nach dem Strafgesetzbuch verwirklicht und ob eine gerichtrichtliche Bestrafung erforderlich ist.

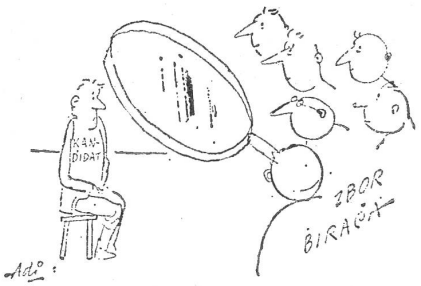
DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 19. Juni 1963

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Der Kandidat



wird untersucht,

vorgestellt . . .

und befragt: «Wenn der Kandidat 1942 geboren wurde, möchte ich seine Haltung während des Krieges kennen.» («Oslobodenje»)

Uebers Wochenende fanden in Jugoslawien die Wahlen in die Bundesvolksversammlung, in die Parlamente der Teilrepubliken und in weitere Räte statt, auf die wir noch zurückkommen werden. Die Organisation der Wahlen und die Funktion der verschiedenen Behörden ist kompliziert und verschieden. Einfach und einheitlich dagegen ist auch in dieser Volksdemokratie das Prinzip des eigentlichen Wahlaktes: Er besteht in der Bestätigung der auf diversen Ebenen aufgestellten und von der Partei gutgeheissenen Kandidaten.

Der Bürger hat am Wahltag keine Auswahl. Dafür hat er sein theoretisches Mitspracherecht bei der Aufstellung der Liste. Die designierten Kandidaten werden ihm anlässlich von Wahlversammlungen vorgestellt und müssen ihm Rechenschaft ablegen. Das ist weitgehend eine Formalität, denn die Versammlungsmitglieder haben praktisch keine Möglichkeit, einen Kandidaten zu ersetzen. Sie können allenfalls ihr Misstrauen bekunden (auch dies nur auf der untersten Ebene von Arbeiterräten und Lokalbehörden), worauf sich die Partei höchstenfalls dazu bereitfindet, einen andern, ebenfalls genehmen Mann aufzustellen. Die einzige tatsächliche «Wahlmöglichkeit» des Bürgers besteht also vor den Wahlen und ist so eingeschränkt, dass sie kaum existiert.

Dementsprechend werden die Wahlversammlungen weitgehend zu Farce, wenn auch die Teilnehmer durchaus aufgefordert werden, ein aktives Benehmen an den Tag zu legen.

Der Kandidat muss Fragen beantworten und Kritik an seinen Aeusserungen entgegennehmen, sofern jemand die Zivilcourage dafür aufbringt. Die Partei kann dann nach den Wahlen darauf verweisen, dass der Vertreter des Volkes seinen Wählern Rechenschaft ablegen musste und gutgeheissen wurde. In einigen Fällen wird die KP sogar die Gelegenheit ergreifen, sich nach einem populäreren Kandidaten umzusehen, wenn das auch die Ausnahme bleibt.

Unsere Karikaturenfolge aus der jugoslawischen Zeitung «Oslobodenje» nimmt auf eine solche Wahlversammlung Bezug. Sie macht übrigens gerade den Teil des Aufstellungsverfahrens lächerlich, an dem die Wähler ihren kleinen, direkten Anteil haben. Sie kritisiert die dummen Fragen, denen ein von der Partei gründlich geprüfter Kandidat von seiten des einfachen Wählers ausgesetzt ist und vertritt also anscheinend die Ansicht, die demokratische Wahl würde besser funktionieren, wenn das blosse Volk nichts zu fragen, geschweige denn zu sagen hätte.

Der Schnappschuss

Die Ostberliner Fachschule für angewandte Kunst in Oberschöneweide will ein neues Studium für Werbeökonomie einrichten, mit dessen Hilfe Werbe-Praktiker aus Industrie und Handel eine umfassende Ausbildung erhalten sollen. Am Ende des vierjährigen Studiums ist eine Prüfung als Werbeökonom abzulegen. Voraussetzung für eine Zulassung zum Studium sind ein Mindestalter von 25 Jahren, Fachschulreife und eine fünfjährige Tätigkeit in der Werbung. An Fächern sind u. a. vorgesehen Philosophie, politische Oekonomie, Handelsökonomie, Deutsch-Stilistik, Werbe-Psychologie, Werbe- und Werbemittellehre, Werberecht, Waren- und Verkaufskunde.

*

Der «Dietz Verlag», der «Verlag Tribüne» und der «Deutsche Militärverlag» in Ostberlin haben alle Buchhandlungen und Buchverkaufsstellen in der Sowjetzone und Ostberlin aufgerufen, sich aus Anlass des 70. Geburtstages von Walter Ulbricht an einem Schaufenster-Wettbewerb zu beteiligen. Als Wettbewerbsaufgabe wird verlangt, ein «agitatorisch wirksames und gegenwartsnahes Fenster» mit Werken von und über Ulbricht sowie mit Titeln zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu schaffen. In keinem Fenster darf dabei das «Programm der SED» fehlen. Der Schaufenster-Wettbewerb findet vom 24. Juni bis 2. Juli statt.

*

Eine aus 16 Ostberlinern bestehende Gruppe ist in den ersten Junitagen vom Sowjetzonen-Staatssicherheitsdienst in Kellerräumen der gesperrten Häuser in der Bernauer Strasse verhaftet worden. Die Gruppe hatte beabsichtigt, durch einen von ihnen angelegten Tunnel nach Westberlin zu fliehen. Der Tunnel war noch vor seiner Fertigstellung von der Volkspolizei entdeckt worden.

Wie weiter jetzt bekannt wird, sind am 1. Mai drei Physikstudenten der Ostberliner Humboldt-Universität unter dem Verdacht der Fluchtvorbereitung verhaftet worden.

Fortsetzung von Seite 1

der kommunistische Weltherrschaftsanspruch wesentlich geschwächt.

Die unbestreitbaren Gegensätze werden in ihrer Wirkung jedoch ganz beträchtlich gedämpft. Zunächst einmal dürfte der ideologische Unterschied viel kleiner sein, als meist angenommen wird. Die kriegerische Haltung Rotchinas erklärt sich mit der verzweifelten Wirtschaftslage und dem Zwang, die angestrebte Industrialisierung aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Dem rotchinesischen (wie jedem andern) Volke können um so grössere Opfer zugemutet werden, je bedrohlicher die Lage und gefährdeter das eigene Land sind. Wenn die Pekinger Führung nicht dauernd das Kriegsgespenst an die Wand malen dürfte, so müsste sie eine spürbare Verzögerung des Machtaufbaus hinnehmen. Die sowjetitische Koexistenzpolitik, Chruschtschews Wunsch nach Entschärfung der Lage, die scheinbar mögliche Annäherung zwischen den USA und der UdSSR das alles gefährdet den rotchinesischen Aufstieg zur ersten Weltmacht.

Volkschina ist allein. Es kann nicht, wie Jugoslawien, eine Position am Rande des Ostblocks aufbauen, weniger noch, den Ostblock verlassen. Es unterstellt sich der gleichen Ideologie wie das bisherige Führungszentrum Moskau. Das hat eine wichtige Wirkung: alle Gegensätze zwischen einzelnen Trägern dieser Ideologie erscheinen ihnen selbst kleiner wie deren Gegensätze zu Dritten. In der Sicht Moskaus und Pekings sind die eigenen Gegensätze letztlich viel kleiner als jene zur freien Welt. Durch ihre Existenz, durch ihre Macht zwingt also die freie Welt Moskau und Peking ins gleiche Lager. Sie ist Kitt für den Sprung in der Achse; sie zwingt die beiden Mächte, ihre Schwierigkeiten durch Konzessionen am Verhandlungstisch zu überbrücken. Ist diese Annahme richtig, so könnte ein ernsthafter Bruch zwischen Moskau und Peking erst erfolgen, wenn keiner mehr da ist, der davon zu profitieren vermöchte; also etwa dann, wenn die freie Welt zerfallen wäre.

Unter diesem Gesichtswinkel ist auch die kommende Aussprache in Moskau zu beurteilen. Je mehr den beiden Diskussionspartnern die freie Welt geeint erscheint, desto leichter werden sie den Weg des Kompromisses gehen. In diesem Fall aber müsste die Sowjetunion Hand zu grösserer Wirtschaftshilfe für Rotchina bieten. Und das könnte für die freie Welt nur von Nutzen sein. Es ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, alles auf Keile in der Achse Moskau-Peking zu setzen. Man muss sich dabei die Hände nicht verbrennen. Aber man kann es recht leicht.

Pär Sagn.